



Faktenblatt

Datum:

Aktualisiert 20.06.2025

Versorgungssicherheit: Weitere Vorhaben

Ausgangslage

Neben den vom Bundesrat mit dem neuen Paket angestrebten Massnahmen gegen Engpässe bei der Arzneimittelversorgung sowie dem Beschluss, die Zuständigkeiten für die Versorgung mit medizinischen Gütern im Pandemiefall zu schärfen, laufen auf gesetzgeberischer, struktureller und politischer Ebene verschiedene weitere Vorhaben mit Querbezügen zur Versorgungssicherheit. Dazu gehören insbesondere:

Impfstoff-Strategie

Zur langfristigen Förderung der Forschung, Entwicklung und Produktion von Impfstoffen hat der Bundesrat im November 2023 die Impfstoffstrategie 2035 verabschiedet. Sie dient dazu, die Versorgungssicherheit mit Impfstoffen mit Blick auf künftige Pandemien zu erhöhen und die Position der Schweiz als Standort für die Entwicklung und Herstellung von Impfstoffen zu stärken.

Weitere Informationen: [Bundesrat verabschiedet Impfstoffstrategie für Krisenzeiten \(admin.ch\)](#)

Strategie Antibiotikaresistenzen Schweiz

Antibiotika gehören zu den besonders von Versorgungsstörungen betroffenen Medikamenten. Diese Entwicklung gefährdet die Behandlung von Infektionen mit Antibiotika und belastet das Gesundheitssystem. Um die Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen zu verstärken, hat der Bundesrat im Juni 2024 im Rahmen der Strategie Antibiotikaresistenzen Schweiz (StAR) den «One Health-Aktionsplan StAR 2024–2027» mit Massnahmen im Bereich von Mensch, Tier und Umwelt verabschiedet. Unter anderem wird in der derzeit laufenden Revision des Epidemiengesetzes die Schaffung neuer Anreize für die Entwicklung und Bereitstellung von Antibiotika geprüft.

Weitere Informationen: [Bundesrat verstärkt die Massnahmen gegen Antibiotikaresistenzen \(admin.ch\)](#)

Nationale Strategie zu Impfungen

Mit dieser Strategie werden die Rahmenbedingungen geschaffen, um die Impfempfehlungen gemäss dem Schweizerischen Impfplan umzusetzen. Die dazu notwendigen Impfstoffe waren in den letzten Jahren aber wiederholt nur beschränkt verfügbar. Die Lieferengpässe liegen an den hohen technologischen Anforderungen, die zu einem Ungleichgewicht zwischen der weltweiten Impfstoffproduktion und dem zunehmenden Bedarf an Impfstoffen geführt haben. Der Aktionsplan 2.0. enthält darum auch Massnahmen, um die Versorgungssicherheit zu verbessern, wie z.B. einen

Weitere Informationen:

Bundesamt für Gesundheit, Medien und Kommunikation, www.bag.admin.ch
Diese Publikation erscheint ebenfalls in französischer und italienischer Sprache.

Meldemechanismus von Lieferengpässen sowie den Aufbau einer obligatorischen Pflichtlagerhaltung für Impfstoffe, die im Schweizerischen Impfplan empfohlen werden. Unter Aufsicht des BWL müssen die Zulassungsinhaberinnen und Zulassungsinhaber von Impfstoffen Impfstoff-Pflichtlager aufbauen, um die Versorgungssicherheit der Schweiz zu erhöhen.

Weitere Informationen: [Nationale Strategie zu Impfungen \(NSI\) \(admin.ch\)](#)

Epidemiengesetz

Das Epidemiengesetz bezweckt den Schutz des Menschen vor übertragbaren Krankheiten. Es wird nun teilrevidiert. Der Bundesrat hat im November 2023 eine entsprechende Vorlage in die Vernehmlassung geschickt. Die Revision baut auf den Erfahrungen der Covid-19-Pandemie auf, dient aber vor allem dazu, künftige gesundheitliche Krisensituationen möglichst gut zu bewältigen. Im Zusammenhang mit der Versorgungssicherheit ist etwa vorgesehen, dass der Bund wichtige medizinische Güter beschaffen kann, soweit die Versorgung nicht durch die Kantone und Privatwirtschaft sichergestellt werden kann. Er soll auch medizinische Güter zur Versorgung der Bevölkerung herstellen lassen können. Mit der Revision sollen zudem die Regeln zur Finanzierung wichtiger medizinischer Güter vervollständigt und vereinfacht werden. Dies betrifft vor allem Tests, Impfungen und Arzneimittel.

Weitere Informationen: [Teilrevision des Epidemiengesetzes \(admin.ch\)](#)

Pandemieplan

Der Pandemieplan von 2018 bezieht sich auf Influenza. Er wird derzeit in Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie aktualisiert. Der neue Pandemieplan soll sich nicht mehr auf einen bestimmten Erreger beschränken, sondern allgemein sinnvolle Vorbereitungs- und Handlungsmassnahmen zur Bewältigung einer Pandemie aufzeigen. Er orientiert sich neu an den Übertragungswegen. Pandemiepläne dienen den Behörden und weiteren Akteuren als Leitfaden für ihre Arbeiten, z. B. mit Angaben zu verschiedenen Erregern, zu Prävention und Früherkennung, zur medizinischen Versorgung oder Impfungen.

Weitere Informationen: [Pandemieplan Schweiz \(admin.ch\)](#)

Massnahmenpaket gegen Engpässe bei Arzneimitteln

Im August 2024 beschloss der Bundesrat auf Grundlage des Berichts einer interdisziplinären Arbeitsgruppe weitere Massnahmen, mit denen er die Versorgung mittel- bis langfristig weiter stärken will. Dabei verfolgt er zwei Stossrichtungen: Einerseits sollen strukturelle Massnahmen die Resilienz des Systems stärken. Beispielsweise soll die Pflichtlagerhaltung ausgebaut und ihre Finanzierung geprüft werden. Und Arzneimittel, die in der Schweiz nicht zugelassen sind, sollen einfacher importiert werden können. Andererseits will der Bundesrat auf internationaler Ebene stärkere Lieferketten schaffen. So setzt sich die Schweiz etwa in ihren bilateralen und multilateralen Beziehungen für gute Rahmenbedingungen ein und unterstützt punktuell Private-Public-Partnerships, wie das «[Global Antibiotic Research & Development Partnership](#)».

Volksinitiative «Ja zur medizinischen Versorgungssicherheit»

Die im Oktober 2024 eingereichte Volksinitiative verlangt, dass der Bund die erforderlichen Rahmenbedingungen schafft, um einen Mangel an wichtigen Heilmitteln und anderen wichtigen medizinischen Gütern zu verhindern. Der Bundesrat teilt das generelle Anliegen der Initiative und will die Versorgung mit Heilmitteln und medizinischen Gütern stärken. Der Bundesrat beurteilt die Initiative jedoch als zu wenig wirksam und zielgerichtet und lehnt die Initiative daher ab. Er hat das EDI

Weitere Informationen:

Bundesamt für Gesundheit, Medien und Kommunikation, [www.bag.admin.ch](#)

Diese Publikation erscheint ebenfalls in französischer und italienischer Sprache.

beauftragt, bis im Sommer 2025 einen direkten Gegenentwurf auszuarbeiten. An seiner Sitzung vom 20. Juni 2025 hat er die Vernehmlassung zum direkten Gegenentwurf eröffnet.

Dieser soll gezielt dort ansetzen, wo der Handlungsbedarf am dringendsten und die Wirkung am grössten ist, nämlich bei günstigen und häufig genutzten Medikamenten der Grundversorgung. Ausserdem möchte der Bundesrat mit dem Gegenentwurf Lücken in den Zuständigkeiten zwischen Bund, Kantonen und Wirtschaft schliessen.

Weitere Informationen:

Bundesamt für Gesundheit, Medien und Kommunikation, www.bag.admin.ch

Diese Publikation erscheint ebenfalls in französischer und italienischer Sprache.